Schuldenfalle und Terrorismus: Die Wurzeln der Krise in Sri Lanka

15. Juli 2022 | Brian Berletic

Der Inselstaat Sri Lanka, der süd-südöstlich von Indien im Indischen Ozean liegt, ist in ein wirtschaftliches und nun auch politisches Chaos geraten, das international für Schlagzeilen gesorgt hat.

Die westlichen Medien verbreiten Geschichten von der "Schuldenfalle-Diplomatie", die von China und seiner Belt and Road Initiative betrieben wird, bis hin zur Lebensmittelknappheit, die durch Russlands "Blockade" des Schwarzen Meeres ausgelöst wird. Nichts davon ist wahr, und selbst in den westlichen Zeitungen wird diese Wahrheit schließlich zugegeben.

Sri Lankas Krisenhistorie

Sri Lanka ist ein Land, das seit seiner Unabhängigkeit vom britischen Empire im Jahr 1948 unter politischen und wirtschaftlichen Turbulenzen zu leiden hat. Wie viele ehemalige britische Kolonien hat auch Sri Lanka tiefe ethnische und religiöse Gräben geerbt, die vom Vereinigten Königreich und später von den USA absichtlich aufrechterhalten wurden, um den westlichen Einfluss auf das angeblich unabhängige südasiatische Land zu wahren. Der schlimmste Ausdruck davon war der srilankische Bürgerkrieg, der sich von 1983 bis 2009 hinzog.

26 Jahre lang war das Land mit einem anstrengenden bewaffneten Konflikt gegen die Befreiungs-Tiger von Tamil Eelam (LTTE) konfrontiert, die aus indischen Tamilen bestanden. Zwar gab es in Sri Lanka echte ethnische Spannungen, doch der 26 Jahre andauernde Konflikt war das Ergebnis einer heimlichen Unterstützung durch die USA und wahrscheinlich auch durch Indien, sowohl in Form von Finanzmitteln und Waffen als auch durch versteckte politische Unterstützung.

Aus den nun dank Wikileaks öffentlich zugänglichen diplomatischen Depeschen der USA geht hervor, wie die US-Botschaft in Colombo und Vertreter des Amtes des Hohen UN-Kommissars für Menschenrechte (OHCHR) versuchten, der srilankischen Regierung bei der Beseitigung der LTTE die Hände zu binden. Außerdem <u>arbeiteten</u> Mitarbeiter des OHCHR mit Mitgliedern der LTTE zusammen, um mit Unterstützung Washingtons parallele Institutionen zu bilden, die dazu beitrugen, die politische Macht der LTTE auszuweiten und so den Konflikt zu verlängern.

Aus anderen Depeschen geht hervor, dass Washington von der Geldbeschaffung der LTTE <u>in den USA</u> wusste, aber keinerlei Maßnahmen ergriff, um dagegen vorzugehen.

Der Krieg kostete nach Angaben der Vereinten Nationen zwischen 80.000 und 100.000 Menschen das Leben und überschattet bis heute die nationale Einheit und den Fortschritt. Außerdem hat er Sri Lanka zweifellos fast drei Jahrzehnte normaler wirtschaftlicher Entwicklung gekostet.

Chinas Schuldenfallen-Diplomatie?

Zusätzlich zu den Kosten, die Sri Lanka für den Krieg gezahlt hat und immer noch zahlt, steht das Land auch vor lähmenden Schulden. Artikel in westlichen Medien wie der von <u>ABC News</u> mit dem Titel "China becomes wild card in Sri Lanka's debt crisis" machen China für die Krise in Sri Lanka

verantwortlich und warnen die Welt, dass andere Länder, die mit China Geschäfte machen, ein ähnliches Schicksal erleiden könnten.

Der Artikel behauptet:

China sagt, dass seine Initiative zum Bau von Häfen und anderen Infrastrukturen in ganz Asien und Afrika, die mit chinesischen Krediten bezahlt werden, den Handel ankurbeln wird. Doch die Milliardenschulden Sri Lankas bei Peking sind ein abschreckendes Beispiel für Kreditnehmer. Sie drohen die Bemühungen um eine Lösung der Finanzkrise zu behindern, die so schwerwiegend ist, dass der Staat am Indischen Ozean weder Lebensmittel noch Benzin importieren kann.

Sri Lankas Kampf ist extrem, aber er spiegelt die Bedingungen in Dutzenden von Ländern wider, von den Inseln im Südpazifik bis hin zu einigen der ärmsten Länder Asiens und Afrikas, die sich der Gürtel- und Straßeninitiative des chinesischen Präsidenten Xi Jinping angeschlossen haben. Die Gesamtverschuldung der armen Länder steigt und erhöht das Risiko, dass andere in Schwierigkeiten geraten.

Die 22 Millionen Einwohner Sri Lankas sind in großer Not. Im April gingen die Devisen aus, was zu Lebensmittelknappheit, Stromausfällen und Protesten führte, die den Premierminister zum Rücktritt zwangen. Die Rückzahlung von 51 Milliarden Dollar an Schulden bei China, Japan und anderen ausländischen Kreditgebern wurde ausgesetzt.

Dabei entfallen auf China nur 10 Prozent der gesamten Schulden Sri Lankas. Ein weiterer Artikel, diesmal von der Deutschen Welle, trägt den Titel "Sri Lankas Auslandsschuldenausfall: Warum der Inselstaat unterging", räumt dies ein:

In Sri Lanka, wo internationale Staatsanleihen (ISB) einen Großteil der Auslandsverschuldung des Landes ausmachen, bahnt sich seit mehr als einem Jahrzehnt eine Finanzkrise an.

Der Artikel enthält auch eine Grafik, aus der hervorgeht, dass 47 Prozent der Schulden Sri Lankas bei den Inhabern internationaler Staatsanleihen liegen, 13 Prozent bei der westlich dominierten Asiatischen Entwicklungsbank, 10 Prozent bei China, aber auch 10 Prozent bei Japan, sowie weitere 9 Prozent bei der Weltbank, 9 Prozent bei "anderen" und 2 Prozent bei Indien.

China steht kaum im Mittelpunkt der Schuldenkrise Sri Lankas. Selbst auf den ersten Blick halten die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank, die beide von westlichen Finanzinstituten dominiert werden, weit mehr von Sri Lankas Schulden als China. Noch schlimmer ist, dass Nikkei Asia in einem kürzlich erschienenen <u>Artikel</u> bei der Analyse der Frage, wer den Großteil der 47 Prozent der Schulden Sri Lankas bei der ISB hält, US-amerikanische Finanzinstitute und Aktiengesellschaften wie BlackRock, Allianz, UBS, HSBC, JPMorgan Chase und Prudential aufführt.

China zu beschuldigen, eine schuldenbedingte Finanzkrise in Sri Lanka herbeigeführt zu haben, ist nicht nur eine Desinformation, sondern die Tatsache, dass diese Behauptung in den westlichen Medien wiederholt wurde, zeigt, wie bewusst und konzertiert versucht wird, China für eine Krise verantwortlich zu machen, die der Westen selbst verursacht hat.

Putins Preiserhöhungen?

Auch die westlichen Medien verweisen immer wieder auf den Krieg in der Ukraine als treibenden Faktor für den Anstieg der Kraftstoff- und Lebensmittelpreise, der das ohnehin wirtschaftlich angeschlagene Sri Lanka weiter in Bedrängnis bringt.

Die *Washington Post* behauptet in ihrem <u>Artikel</u> "How war in Ukraine turned Sri Lanka's economic crisis into a calamity":

... nach dem Ausbruch des Krieges in der Tausende von Kilometern entfernten Ukraine wurde Diesel in Sri Lanka immer knapper, was seit letztem Monat zu täglichen Stromausfällen führte.

Weder die *Washington Post* noch viele andere westliche Medien, die dieses Narrativ verbreiten, erklären, wie der Krieg in der Ukraine diese wirtschaftlichen Auswirkungen verursacht. Dabei würde deutlich werden, dass nicht Russland, sondern die USA und ihre europäischen Verbündeten die Preise in die Höhe treiben, indem sie russische Kraftstoffe, Lebensmittel und Düngemittel (die aus petrochemischen Stoffen hergestellt werden) mit Sanktionen belegen, das Angebot verringern und damit die Preise drastisch erhöhen.

Wenn eine Erklärung erforderlich ist, wird in der Regel auf die "Blockade" des Schwarzen Meeres durch Russland verwiesen, auch wenn das Pentagon selbst bei einem Briefing <u>zugegeben hat</u>, dass ukrainische Getreidelieferungen durch von der Ukraine selbst eingesetzte Seeminen blockiert werden.

Lösungen?

Eine Ankündigung der USA und ihrer Verbündeten, die Sanktionen aufzuheben, würde die Preise wahrscheinlich sofort in die entgegengesetzte Richtung treiben und Ländern wie Sri Lanka, aber auch anderen Ländern rund um den Globus, einschließlich des Westens, Erleichterung verschaffen – auch wenn dies unwahrscheinlich ist.

Die eigentliche Ironie besteht darin, dass Russland und China, die vom Westen beschuldigt werden, Sri Lanka in ein wirtschaftliches und politisches Chaos zu stürzen, die größten Chancen haben, dem Land in der Stunde der Not zu helfen. Nachdem die Regierung Sri Lankas zurückgetreten ist und das Land vor einem ungewissen politischen Übergang steht, gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass die USA und ihre Verbündeten in Bezug auf die verschiedenen Ursachen der Krise in Sri Lanka, die sie zu lösen in der Lage sind, nachgeben werden, noch gibt es ein echtes Angebot des Westens an Sri Lanka, dem Land in dieser schwierigen Phase zu helfen.

Stattdessen bietet der Westen Sri Lanka "Hilfe" durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) an, ein Schema, das eine Nation fast immer in eine noch größere Wirtschaftskrise stürzt. Auch hier besteht die Ironie darin, dass Sri Lankas beste Hoffnung, die Oberhand über die räuberischen Praktiken des IWF zu gewinnen, darin besteht, dass Russland, China oder vielleicht sogar Indien intervenieren und bei der Rückzahlung eines vom IWF gewährten Kredits helfen.